

30.09.2024

Vorlage für die Sitzung des Bildungsausschusses

am 10.10.2024

Antrag

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

Berufsorientierung grenzüberschreitend denken und attraktiv gestalten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass der Fachkräftemangel sowohl in Dänemark als auch in Deutschland eine große Herausforderung darstellt. Daher ist es in besonderem Maße wichtig, Fachkräfte in der Region zu halten und den Fokus auf junge Menschen zu richten.

Ein wichtiger Schritt für eine grenzüberschreitende Berufsorientierung ist die landesweit einheitliche Online-Praktikumsbörse (Drucksache 20/1060), die nicht nur mehrsprachig zur Verfügung stehen wird, sondern auch den deutsch-dänischen Austausch in der Grenzregion ermöglichen wird.

Überdies wird durch zahlreiche deutsch-dänische Programme in Schulen die Zusammenarbeit in der Grenzregion gestärkt. Zu nennen sind hier die Internationalisierungsstrategie für Schulen und die Schulpartnerschaften im allgemeinbildenden und berufsbildenden Bereich über das Interreg-Projekt „Fehmarn Belt Learning Region – Bildungsregion“.

Durch Erasmus+ ist zudem eine Förderung von deutschen Schülerinnen und Schülern in dänischen Betrieben möglich. Dies unterstützt die grenzüberschreitende Vermittlung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen der Bundesagentur für Arbeit. Der Landtag bittet die Landesregierung darüber hinaus:

- in der Kultusministerkonferenz den weiteren Prozess der Optimierung und Vereinfachung der Anerkennungsverfahren unter Berücksichtigung der dargestellten Ergebnisse des „Berichts der Arbeitsgruppe der für die Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen koordinierenden zuständigen Ressorts (AG Koordinierende Ressorts)“ in engem Zusammenwirken mit den für das jeweilige Berufsrecht zuständigen

Fachministerkonferenzen und den jeweiligen Bundesministerien positiv zu begleiten,

- sich gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit für die Unterstützung der grenzüberschreitenden Ausbildungs- und Berufsvermittlung einzusetzen und dabei insbesondere Geflüchtete und Menschen aus Drittstaaten sowie Menschen mit Behinderungen mit ihren spezifischen Unterstützungsbedarfen in den Blick zu nehmen.
- sich auf Bundesebene einzusetzen, in den erwähnten Teilnehmerkreis der Gemeinsamen Erklärung auch die Minderheiten, die von der Bundesregierung bisher nicht vorgesehen sind, einzubinden.
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, auch mit Dänemark ein Abkommen in Anlehnung an das Deutsch-Französische Abkommen über die grenzüberschreitende Berufsausbildung vom 21. Juli 2023 zu schließen.

Begründung:

Bereits heute ist die gegenseitige Anerkennung von Berufsabschlüssen in der dualen Ausbildung innerhalb der EU in den meisten Ausbildungsberufen schon möglich. Darüber hinaus kann in der deutsch-dänischen Grenzregion in einigen Berufen bereits ein doppelter Berufsabschluss absolviert werden.

Dieser gemeinsame Stand der Kooperation wurde in der aktuellen gemeinsamen Erklärung zwischen Deutschland und Dänemark zur Kooperation im Bereich der Berufsausbildung vom 28.05.2024 bekräftigt.

Uta Wentzel

Malte Krüger